



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Lage in Baden nach der Kammereröffnung.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Lage in Baden nach der Kammereröffnung.

Durch die im vorigen Monat wieder aufgenommene parlamentarische Thätigkeit der Kammern ist in das politische Leben Badens, das durch die Wahlen in einem kaum bemerkenswerthen Grade erregt worden war, wieder etwas mehr Bewegung gekommen, nachdem sie auch hier unter dem Einflusse der politischen Ueberfättigung des letzten Jahrzehnts bedenklich ins Stocken gerathen war. Kein Wunder, denn das staatsbürgerliche Gefühl wurde von vornherein an den empfindlichsten Stellen berührt durch den kirchenpolitischen und durch den finanziellen Passus der Thronrede. Die kirchenpolitische Frage hat in Baden mit seiner zu zwei Dritteln katholischen Bevölkerung eine höhere Bedeutung als fast in allen andern Staaten des deutschen Reiches. Der Kulturkampf ist hier auch älter und wird von beiden Seiten mit größerer Heftigkeit geführt als anderswo; er durchbringt hier alle Beziehungen des öffentlichen Lebens und nimmt besonders in Folge einer nahezu unerklärlichen Vorliebe einzelner hervorragender liberaler Parteimitglieder für denselben auch da, wo sonst die Politik die Hauptsache zu sein pflegt, die erste Stelle ein. Erhöht war die allgemeine Reizbarkeit noch durch das lange andauernde kirchenpolitische Frage-spiel: „Er liebt mich, liebt mich nicht“, in welchem stets dem letzten Blatte noch ein weiteres folgte, und durch die Gerüchte, die über die Absichten der Regierung und die Haltung des Ministeriums des Innern laut geworden, und durch die auf der einen Seite die Hoffnungen, auf der andern die Befürchtungen in hohem Grade gesteigert worden waren. Beiden gab scheinbar die Thronrede, mit der am 18. v. Mts. die Kammern eröffnet wurden, einen ersten festen Anhaltspunkt, der, unabhängig von den übrigen Staaten, hier eine befriedigende Lösung in nahe Aussicht zu stellen schien. Wie der Förderung der öffentlichen Wohlfahrt, so hieß es dort, wird die großherzogliche Regierung „mit gleicher Aufmerksamkeit ihre Fürsorge sowohl den wirthschaftlichen Zuständen des Landes, als den religiösen, sittlichen und geistigen Interessen des Volkes zuwenden, und es wird, so hoffe Ich, den auf den Frieden gerichteten Bestrebungen meiner Regierung gelingen, auch die bis dahin noch nicht erledigten Fragen in dem Verhältnisse der katholischen Kirche ihrer Lösung näher zu bringen“. Diese Worte, aus dem Munde des Großherzogs, von der ultramontanen Partei (ganz gegen die Gewohnheit des badischen Landtages) mit einem dumpf verhallenden Bravo begrüßt, erregten im Lande und besonders innerhalb der liberalen Partei, die zum nicht geringen Theile jedem Ausgleich mit

Rom abgeneigt ist, ungeheures Aufsehen, am wenigsten vielleicht bei den Alerikalen selbst, die zu gut unterrichtet waren, um nicht zu wissen, daß hinter diesen Worten die Absicht des Staates, der Kirche über die staatsrechtlichen Grenzen hinaus entgegenzukommen, sich nicht verbergen konnte. Aber diese Grenze selbst zogen sie immerhin anders als der Staat selbst und als die Liberalen. Die Regierung hüllte sich über den Sinn jener Worte, so weit er eine thatsächliche Unterlage hatte, in tiefes Schweigen und ging ihren Weg unbeirrt weiter, ob man hier auch maßlos fürchtete, dort unbescheiden forderte. In demselben Sinne, daß sie beide Parteien in ihre Schranken zurückwies, vor allem freilich den ultramontanen und konservativen Ansprüchen einen Damm entgegensetzen, scheinen uns auch allein die Aeußerungen zu verstehen zu sein, welche vom Ministerische aus in den ersten Sitzungen fielen. Daß dieselben nicht, wie man sie anfangs ausbeuten wollte, einen Ausgleich durch beiderseitige Annäherung ganz perhorrescirten, hat die Erfahrung inzwischen bestätigt, da in der Examenfrage, die hier für den Alerus ungünstiger als in Baiern und Württemberg ist, eine Einigung in naher Aussicht stehen soll, wobei allem Anscheine nach auch die Regierung gewillt ist, der Kurie einige Zugeständnisse zu machen, wie andererseits auch die Kurie weise genug sein dürfte, sich mit dem, was ihr zu erlangen möglich ist, zufriedenzugeben, um so wenigstens einen modus vivendi, wie er kürzlich in einem, aller Wahrscheinlichkeit nach übrigens mit Unrecht für offiziös gehaltenen Artikel der „Badischen Landes-Zeitung“ als möglich hingestellt wurde, und wie ihn auch die „Badische Korrespondenz“ neuerdings in Aussicht stellt, zu erlangen. Denn darüber macht sich auch in Baden keiner, der die Lage frei beurtheilt, Illusionen, daß mehr als ein modus vivendi mit Rom so lange nicht möglich ist, so lange die katholische Kirche zugleich eine politische Rolle zu spielen gewillt ist. Denn die Politik der Kurie wird nie eine solche sein können, die auch der Staat als eine berechnete anzuerkennen in der Lage wäre, weil sie ihre Direktive nicht erhält aus der Rücksicht auf das Wohl der staatlichen Gesamtheit, sondern von dem bestimmenden Willen in Rom.

Die zweite, die allgemeinste Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich ziehende Angelegenheit betrifft die finanzielle Lage des Landes. Diese ist auch bei uns keine günstige. „Die Staatsfinanzen leiden unter dem lange andauernden Druck der allgemeinen ungünstigen wirthschaftlichen Verhältnisse“, heißt es in der Thronrede. Hierzu tritt aber als besonders erschwerender Umstand hinzu, daß unsere weinbauenden Landleute in Folge mehrerer schlechter Ernten, namentlich in Folge der letzten vollständigen Mißernte — denn der 79er ist selbst zu sauer, um Kinder damit in die Schule zu treiben, man könnte ihn höchstens als Gegengift gegen Kammer-Mandatsucht verordnen —, ebenso daß

die Schwarzwälder Uhrenfabrikanten in Folge der seitherigen, jetzt zum Glück erschwerten Konkurrenz der amerikanischen und schweizer Großfabrikation in hohem Grade verarmt sind. Auch die Tabaksernten der letzten Jahre waren nur mittelmäßig, theils geradezu schlecht. So ist denn die wirthschaftliche Lage Badens noch schlechter geworden als die Baierns, Württembergs und selbst Preußens mit Ausnahme einzelner Gegenden. In Folge dieser wie der allgemeinen Mißlage erfordern die Verkehrsanstalten einen Zuschuß zur Eisenbahnschuld von $2\frac{1}{4}$ Millionen Mark. Bekanntlich herrscht in Baden, mit Ausnahme weniger Kilometer, das Staatsbahnsystem, und unser Eisenbahnwesen ist in Bezug auf die Bedürfnißverhältnisse ein musterhaftes zu nennen. Leider hat in dasselbe eine Reihe von Bahnstrecken eingefügt werden müssen, die, schon unter normalen Zeitverhältnissen kaum recht rentabel, bei jetziger Lage, wo die vortheilhaftesten Strecken kaum einen Ueberschuß gewähren, eine nicht unbedeutliche Einbuße erleiden. „Das Sinken der Reinerträgnisse der Staatseisenbahnen erfordert zur Sicherstellung der finanziellen Grundlage dieses werthvollen Besitzthums einen beträchtlichen Zuschuß aus Mitteln des allgemeinen Staatshaushaltes.“ Zu diesem Eisenbahndefizit kommt eine nicht unbedeutliche Verringerung der Einnahmen aus dem Domänenantheil, ein ungeheurer einmaliger wie fortlaufender Aufwand an Mehrkosten in Folge der Justizorganisation, endlich eine Steigerung der Verwaltungsausgaben, so daß das Gesamtdéfizit die für unser Land respectable Summe von etwa $6\frac{1}{2}$ Millionen Mark beträgt. Dieses Defizit soll durch eine Reihe von Steuererhöhungen aufgebracht werden, und zwar durch die Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer, der Erwerbsteuer, der Kapitalrentensteuer, ferner der Accise auf Trauben- und Obstwein um 50 Proc. und durch die Verdoppelung der Branntweinsteuer; die letztere ist bereits beschlossen und tritt schon am 20. d. M. in Kraft.

Diese Vorschläge der Regierung, das Defizit zu decken, finden natürlich, soweit sie direkte Steuern betreffen, im Volke selbst wie in der Volksvertretung eine nichts weniger als sympathische Aufnahme. Die liberale Fraktion ist sogar fest entschlossen, der Erhöhung direkter Steuern unter keinen Umständen zuzustimmen, obgleich sie sich bis jetzt darüber, auf welche andere Weise die Deckung des Defizits erfolgen soll, nicht klar ist. Schon bei der Adreßdebatte erhob sich dagegen, namentlich in der ersten Kammer — denn die zweite legte den Schwerpunkt auf den Kulturkampf — ein sehr entschiedener Protest, und die Gründe, die gegen die Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer vorgebracht wurden, sind so gewiß richtig, wie die Lage unserer ländlichen Bevölkerung eine sehr, sehr trostlose ist. Man hob unter anderm beweiskräftig hervor, daß der Grundbesitz durch die Lasten und Abgaben, welche die neuere Gesetzgebung ihm gebracht habe, schon jetzt zwei- und dreifach besteuert sei, und daß es bei der gegen-

wärtigen Lage, bei den in furchtbarer Weise zunehmenden Zwangsversteigerungen, der übermäßigen Verschuldung des Bauernstandes, den massenhaften Steuerexekutionen durchaus unmöglich sei, den alten Lasten noch neue hinzuzufügen. Daß auch gegen die Erhöhung der Wein- und Bier-Accise sehr lebhaft agitirt wird, bedarf wohl keiner Erwähnung. Auffallend ist nur, daß in komischer Verirrung ihrer Popularitätsucht sich gerade unsere Demokraten mit ihrer Devise: „Alles für das Volk, alles durch das Volk!“ zu den Trägern dieser Agitation machen. Denn bei diesen Nähr- und Genußmitteln dürfte, da doch auf irgend eine Weise das fehlende Steuerquantum aufgebracht werden muß, der Aufschlag noch am ehesten erträglich sein. Kann man aber das Gesetz selber nicht hinausschieben, so soll es wenigstens mit dem Termine der Einführung geschehen, ein Plan, der, wie gesagt, bei der Branntweinsteuer bereits vereitelt worden ist. Man hat gerade in Mannheim, dem Sitze der gesinnungstüchtigen Demokratie, es zur Genüge erfahren, welch schöne Sache es mit dem Hinausschieben ist. Die dortigen Getreidespeicher können die aufgestapelten Vorräthe kaum fassen, und die Ablehnung der Tabaksnachsteuer hat den dortigen Großspekulanten allein einen Reingewinn gebracht, mit dem man unser Defizit gut und gerne decken könnte.

Die anderen Pläne der Regierung, die Deckung des Defizits zu bewirken, haben, wie gesagt, keine Aussicht, von den Kammern gutgeheißen zu werden. Ist man auch über eine andere Deckungsart innerhalb der liberalen Partei noch nicht einig, so sind doch dahingehende Vorschläge schon öffentlich gemacht worden. Beachtung dürfte darunter namentlich derjenige verdienen, eine halbprocentige Konvertirung eines Theiles der Eisenbahnschuld eintreten zu lassen. Auch Aufnahme einer neuen Anleihe dürfte unter den gegenwärtigen Verhältnissen bei der Aussicht auf Besserung der finanziellen Lage der Einzelstaaten durch die Zollreform sich empfehlen, trotz den schwerwiegenden finanzpolitischen Bedenken, die es hat, Schulden zu machen, um Schulden damit zu decken. Wir befinden uns in einem der Ausnahmefälle, die ein Abweichen von der allgemeinen Regel gebieterisch fordern. Das lebende Geschlecht hat für die nachfolgenden große Opfer gebracht, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens großartige Neuerungen geschaffen, eine große Anzahl von Bahnen gebaut, die uns fortdauernd Zubeußen auferlegen und erst späteren Generationen Vortheil bringen werden; die zahlreichen Reformen der letzten beiden Jahrzehnte mit ihren stets sich steigenden Anforderungen an den Steuerzahler haben die Lasten fortdauernd vermehrt, ohne daß die materiellen Wirkungen die Steuerkraft schon erhöht hätten. Es scheint daher nicht mehr als billig, daß man im voraus die späteren Generationen heranzieht, damit sie uns die gegenwärtigen, um ihrerwillen wesentlich mit übernommenen Verpflichtungen tragen

helfen. Eine Anleihe scheint aber für uns um so ungefährlicher, als, abgesehen von der immerhin produktiven Eisenbahnschuld, der Staat sich in einer günstigen Vermögenslage befindet. Neben diesem direkten muß aber vor allem, entsprechend der Noth der Zeit, auf dem indirekten Wege der Ersparnisse das Defizit verringert werden. Dies gilt nicht nur in Bezug auf den bei uns mehr als nöthig komplizirten staatlichen wie kommunalen Verwaltungsapparat, an dem sich sehr wesentliche Einschränkungen vornehmen ließen, sondern namentlich auch in Bezug auf das Parlament. Hier redet man fortgesetzt über die Nothlage der Zeit, über die Nothwendigkeit größter Einschränkung, vergißt aber ganz, daß man sich diese letztere vor allen Dingen selbst auferlegen könnte. Nicht nur wird durch umständliche und weitläufige Formalitäten der Gang der Verhandlungen verschleppt, auch die Verhandlungen selbst werden oft genug auf unverantwortliche Weise hinausgezogen, durch Reden ausgefüllt, die alles andere, nur nicht sachlich sind, und die sich überallhin, nur nicht an die Kammer selbst richten. Wir stehen darin Preußen und Baiern und — dem Reiche nichts nach. Unsere Landtagssessionen ließen sich auf ein Drittel der Zeit beschränken, ohne daß die Landboten überhäuft zu werden oder die Arbeiten darunter zu leiden brauchten.

Was sonstige hervorragende Fragen betrifft, so erwähnte die Thronrede der Wirthschaftsreform mit Rücksicht auf die liberale Kammermehrheit, die in ihren Häuptern freihändlerisch ist, mit zarter Schonung, und die Kammer antwortete darauf mit kühler Zurückhaltung. Der Führer der liberalen Partei jedoch, Herr Oberlandesgerichts-Direktor Kiefer, benutzte ein Banket, das die Stadt Karlsruhe, in welcher man ihm, dem überall Abgewiesenen, ein Mandat auf eine etwas eigenthümliche Weise verschafft hatte, ihren Abgeordneten gab, um gegen die Zoll- und Steuerreform Angriffe zu richten, wie sie wilder und taktloser schwerlich irgendwo anders erhoben worden sein dürften, trotzdem daß er hier einer Bürgerschaft gegenüber stand, die zu fast $\frac{9}{10}$ der Bismarckschen Wirthschaftspolitik anhängt und trotzdem daß selbst innerhalb der liberalen Kammermehrheit Kiefer eine vereinzelt radikale Stellung einnimmt. Im allgemeinen hat der badische Liberalismus und mit ihm selbst der genannte Führer eine wesentliche Rechtschwenkung gemacht, was sich namentlich in der Bevorzugung der indirekten Besteuerung und in der Haltung zeigt, welche diese Partei in der Wucherfrage einnimmt, in der man eine Abhilfe durch Verschärfung des Strafgesetzes in einer sachlich sehr eingehenden Berathung forderte.